

Es geht um ernste gesellschaftliche, Wissenschafts- und hochschulpolitische Positionen, die mit Sachkunde, Engagement und Sachlichkeit ausgetragen werden müssen, um tragfähige Veränderungen einzuleiten. Deshalb brauchen wir eine gründliche Diskussion und sind erfreut über die vielen Vorschläge, die wir bereits jetzt erhalten.

Vier Grundrichtungen zum Hochschulwesen will ich hier kurz ansprechen, die wir unbedingt berücksichtigen müssen:

1. Veränderung der zentralen staatlichen Leitung des Hochschulwesens und Erhöhung der Eigenverantwortung der Hochschulen und der Hochschullehrer; Lehre und Forschung sind ein schöpferischer Prozeß, dessen Erfolg letztlich vom Niveau des Hochschullehrers und vom eigenen Arbeiten des Studenten abhängen. Dementsprechend muß die Vorgabe von Details der Ausbildung in Studienplänen reduziert, den Einrichtungen, den Lehrkräften und den Studenten genügend freier Raum zum Erreichen des geforderten Niveaus gegeben werden. Wir setzen hohe Erwartungen in unsere Hochschullehrer, den ihnen zukommenden Entscheidungsraum, den wir bereits auf der V. Hochschulkonferenz dargelegt haben, voll auszufüllen. Die Planung der Forschung muß von Bürokratie entlastet und noch stärker durch die sachkundigen Gremien geplant und gewertet werden.

Hauptsteuergröße für die Leitung der Hochschulen und Universitäten muß das Finanzbudget werden. Dessen optimale Ausnutzung durch die Hochschulleitungen darf nicht mehr durch Bilanzrestriktionen gehemmt werden.

2. Mitbestimmung, Mitverantwortung und Mitwirken der Studenten sind zu erhöhen. In der DDR hat sich ein Aufbruch der Jugend vollzogen, die den Sozialismus mitgestalten will, in dem sie lebt und leben wird.

Wir begrüßen die Bemühungen um die Erneuerung des Jugendverbandes, ja wir haben Eberhard Agrich und seine Mitkämpfer dabei bestärkt. Wir wünschen dem Jugendverband viel Erfolg und werden helfen, damit er seine Rolle voll ausfüllt. In unserem Hochschulrecht ist seine Funktion als Interessen Vertreter der Studenten verankert, sie muß er erfüllen können. Wir dürfen uns aber auch neuen Vorschlägen zu einer Vertretung der Studenten nicht verschließen. Sie sind noch kontrovers, müssen weiter ausdiskutiert und ihre rechtliche Ausgestaltung muß im Rahmen eines neuen Bildungsgesetzes vorgesehen werden.

Es ist ein großes Problem unserer Gesellschaft, unserer Partei, daß die Veränderungen in der Jugend nicht rechtzeitig aufgegriffen wurden. Sie waren erkennbar, es gab Untersuchungen, wir haben sie selbst zum Teil, zum Beispiel bezüglich der Studenten, seit einiger Zeit eingeschätzt. Auch hieran wird der Ernst der Erstarrung der Führung und des Abweichens